

# 16. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

9.-11. März 2001, Stuttgart, Messengelände, Halle 4

## Beschluss Atommüllendlager Benken

Seit Ende der 70er Jahre bemüht sich in der Schweiz die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) durch Probebohrungen und reflexionsseismische Untersuchungen Standorte für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle zu finden. Die Untersuchungen fanden bisher ausschließlich im grenznahen Bereich statt.

Die Untersuchungen der NAGRA im Kristallin (Granit und Gneis) in Böttstein/Leuggern und im Mettauer Tal haben gezeigt, dass diese Standorte nicht geeignet sind für ein Endlager für hochradioaktive und langlebige mittelaktive Abfälle.

In den letzten zwei Jahren konzentrierten sich die Untersuchungen ausschließlich auf den Standort Benken im Kanton Zürich in unmittelbarer Nachbarschaft der deutschen Gemeinde Jestetten: Zur Erkundung eines möglichen Endlagers in dem Sedimentgestein Opalinuston wurde dort eine Probebohrung bis in eine Tiefe von 1007 m niedergebracht. Nach Aussagen der NAGRA werden nach den bei den Bohrungen gewonnenen Erkenntnissen die Festigkeit des Gesteins und die Spannungsverhältnisse den Bau eines Endlagers in diesem Untersuchungsgebiet erlauben. Der Endbericht liegt jedoch noch nicht vor.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass die Entsorgung des bisher schon angefallenen radioaktiven Abfalls eine schwere Bürde ist. Wir müssen in Deutschland, der Schweiz und in anderen Ländern verantwortungsvoll und in größter Sorge um kommende Generationen mit hochradioaktivem Müll umgehen.

Gerade wegen der kaum fassbaren Bedeutung dieser Aufgabe darf es nirgendwo und durch niemanden zur Anwendung des St.-Florians-Prinzips kommen! Vielmehr müssen Standortentscheidungen auf sachlicher Basis getroffen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Verständnis für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar und der benachbarten Schweiz betreffend eines möglichen Endlagerstandortes Benken (ZH). Wir stärken die Bemühungen der kommunalen Entscheidungsträger und Institutionen um eine angemessene Beteiligung bei der Entscheidungsfindung über den Umgang mit den hochgefährlichen Rückständen der Atomkraftnutzung.

Wir halten die bisherige Vorgehensweise der Eidgenossenschaft in Fragen der Atommüllendlagerung für wenig transparent.

Die Sicherheitsanforderungen an ein Atommüllendlager und deren Umsetzung sind auch in der Schweiz nicht ausreichend geklärt. Die betroffene deutsche Bevölkerung und die kommunalen Gebietskörperschaften um den möglichen Standort wurden bislang praktisch nicht in den Untersuchungs- und Entscheidungsfindungsprozeß miteinbezogen.

Deshalb fordern wir:

- Die Einrichtung einer öffentlich arbeitenden, mandatierten politischen Begleitkommission mit kontroverser Besetzung aus Politik, Umweltverbänden und Wissenschaft **beider** Nationen, wie sie auch von Kräften innerhalb der Schweiz gefordert wird.
- Eine Standortsuche darf sich nicht auf grenznahe Gebiete beschränken. Alternativ zu Benken müssen andere Standorte untersucht werden.

Aufgaben wie die Atommüllendlagerung erfordern aber gerade Vertrauen und einen weitgehenden gesellschaftlichen Konsens. Von den in der Nähe eines zukünftigen Standortes lebenden Bürgerinnen und Bürger kann nur Verständnis und Akzeptanz erwartet werden, wenn die Ursache des Problems, der Betrieb von Atomkraftwerken ein Ende findet. Wir werben deshalb auch bei der Schweiz für den Weg des Ausstiegs, den u. a. Schweden, Belgien und Deutschland eingeschlagen haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden ihren Einfluß als Bundespartei geltend machen, zu einer sachgerechten, demokratischen Lösung beizutragen.

Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere unsere Minister Jürgen Trittin und Joschka Fischer auf, sich für die obigen Forderungen engagiert einzusetzen.